



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

38. hét

2019.09.16.

## ZUSAMMENFASSUNG

**Ungarische Innenpolitik** – *Als Ablenkungsmanöver ist eine Kandidatendebatte gut, um die Eignung zu beweisen, zu wenig*

Im Wahlkampf um den Posten des Oberbürgermeisters von Budapest ist immer weniger die Rede vom erforderlichen Know-how, um die Hauptstadt zu führen, bzw. von der entsprechenden Eignung und den möglichen Entwicklungsrichtungen der Stadt. Stattdessen lenken die Kandidaten der Opposition und allen voran Gergely Karácsony die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Erfahrungen (z. B. als Bürgermeister von Zugló) ab, indem die Debatte der Kandidaten warmgehalten wird.

**Wirtschaftspolitik** – *Die Zielstellungen von Finanzministerium und Ungarischer Nationalbank stimmen überein:*

Ungeachtet einer abweichenden Beurteilung der in der Weltwirtschaft vor sich gehenden Prozesse sind sowohl das Finanzministerium als auch die Notenbank an der Ausarbeitung wachstumsorientierter Vorschläge und fachpolitischer Lösungen interessiert. Die in sieben Punkte gefassten Vorschläge des Finanzministers enthielten zugleich spätere Schritte, mit denen der Aktionsplan zum Schutz der Wirtschaft neu durchdacht wird.

**Außenpolitik, Außenwirtschaft** – *Das Ziel lautet, die Erweiterungsmüdigkeit hinter uns zu lassen:*

Es zeigt die Kraft der ungarischen Regierung und der Mitgliedstaaten der Visegrád-Gruppe zur Durchsetzung ihrer Interessen, dass die vier Länder in der künftigen EU-Kommission Portfolios von herausragender Bedeutung erhalten könnten. Dabei könnte László Trócsányi ein seit Jahren ersehntes Ressort erhalten, den für die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik zuständigen Posten.

**Nachrichten, die Beachtung verdienen** – *V4-Gipfel in Bratislava unter Beteiligung des Westbalkans:*

Zwischen den Führern der V4-Länder hat sich ein Konsens herausgebildet, in der Zukunft die nach den Möglichkeiten gegebene schnellstmögliche Integration der Länder des Westbalkans – Nord-Mazedonien, Montenegro und Serbien – zu verwirklichen. Sollte das Erweiterungsportfolio nach dem 1. November tatsächlich von den V4-Staaten kontrolliert werden, wollen diese es in den folgenden Jahren als Priorität betrachten, das Aufnahmeverfahren der neuen Mitgliedstaaten voranzubringen.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### ALS ABLENKUNGSMANÖVER IST EINE KANDIDATENDEBATTE GUT, UM DIE EIGNUNG ZU BEWEISEN, ZU WENIG

Im Wahlkampf um den Posten des Oberbürgermeisters von Budapest ist immer weniger die Rede vom erforderlichen Know-how, um die Hauptstadt zu führen, bzw. von der entsprechenden Eignung und den möglichen Entwicklungsrichtungen der Stadt. Stattdessen lenken die Kandidaten der Opposition und allen voran Gergely Karácsony die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Erfahrungen (z. B. als Bürgermeister von Zugló) ab, indem die Debatte der Kandidaten warmgehalten wird.

Oberbürgermeister István Tarlós hat seinen Standpunkt in der Frage in einem Offenen Brief dargelegt, ob es Sinn mache, mit zwei oder womöglich gar mit 4-5 verschiedenen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters an einem Tisch sitzend über Themen miteinander zu diskutieren, die nicht in die Befugnisse der die Hauptstadt führenden Politiker gehören. In den jüngsten Tagen wiederholte Gergely Karácsony nämlich mehrfach Botschaften, die auf die Organisation und Abhaltung einer öffentlichen Debatte gerichtet sind. Diese Bemühungen sind nicht neuartig, wobei jedoch die mit der geforderten Debatte verbundenen Wunschvorstellungen beträchtlich voneinander abweichen. Gergely Karácsony und sein Stab wollen – während sie frühere Vorschläge von István Tarlós außer Acht lassen – ein Gespräch mit zwei Akteuren und über zwei Runden, bei dem keine Fragen zu den Aufgaben des Bürgermeisters des Stadtbezirks Zugló gestellt werden dürften. Die Debatte zu thematisieren lohnt sich für den durch die Oppositionsparteien unterstützten Kandidaten deshalb, weil er dabei nicht über die eigenen, dubiosen Skandale im 14. Stadtbezirk Rechenschaft ablegen muss. Ebenso wenig wie über den Umstand, dass im Wahlkampfteam jenes András Pikó, der auch von Karácsony unterstützt wird und als Bürgermeister des 8. Stadtbezirks kandidiert, sehr wahrscheinlich ungesetzliche Techniken im Wahlkampf eingesetzt wurden. Der amtierende Oberbürgermeister wiederum ist nur zu einer Debatte bereit, welche die Kompetenzen der Hauptstadt berühren würde und auf der Grundlage fachlicher Fragen verlief, was er freilich auch weiterhin nicht als gewährleistet ansehen kann. Deshalb ist eine Debatte mit den Herausforderern um das Amt des Oberbürgermeisters unsinnig, weil Tarlós im Besitz der Erfahrungen bei der Führung der Hauptstadt mit Oppositionspolitikern debattieren würde, die nichts vom Thema verstehen. Obendrein halten die Bürger von Budapest alleine den amtierenden Oberbürgermeister für geeignet,

diese Stadt zu führen. Deshalb würde es sich für ihn schon im politischen Kontext gar nicht lohnen, sich auf eine Debatte einzulassen, die rund um Eignungsfragen aufgezogen würde.

Laut einer aktuellen Umfrage des Nézópont-Instituts in Budapest, die gerade erst am Wochenende abgeschlossen werden konnte, liegt István Tarlós weiterhin in Führung, der bei den sicheren Wählern auf 50 Prozent der Stimmen kommt. Sein Vorsprung gegenüber den Rivalen ist enorm: Gergely Karácsony könnte demnach die Stimmen von 42 Prozent der Budapester, Róbert Puzsér von 7 Prozent und Krisztián Berki von 1 Prozent holen. In der Hauptstadt herrscht auch weiterhin keine Ablösestimmung des amtierenden Bürgermeisters vor, denn 51 Prozent sind mit der Arbeit von Tarlós zufrieden, darunter immerhin auch 22 Prozent der Sympathisanten der linken Parteien.

## UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DIE ZIELE DES FINANZMINISTERIUMS UND DER UNGARISCHEN NATIONALBANK STIMMEN ÜBEREIN

**Das ungarische Wirtschaftswachstum auf lange Sicht dynamisch zu halten liegt im nationalen Interesse. Wie jedoch die Entwicklung und wirtschaftliche Stabilität angeregt und bewahrt werden, stellen sich die wichtigsten Akteure der Wirtschaftspolitik unterschiedlich vor. Das Finanzministerium steht mit der Notenbank in einem Konkurrenzkampf bei der Erstellung möglichst guter fachlicher Vorschläge.**

Bereits zum 57. Mal fand die Wandertagung der Ökonomen statt, die dieses Jahr von der ungarischen Ökonomen-Gesellschaft in Nyíregyháza organisiert wurde. An dieser Veranstaltung nehmen abgesehen von einem breiten Kreis einheimischer Wirtschaftsexperten gewöhnlich auch die Entscheidungsträger der Wirtschaftspolitik teil. Dieses Mal erwiesen sich die Lagebeschreibungen von Finanzminister Mihály Varga und Notenbankpräsident György Matolcsy als die spannendsten Vorträge. Mihály Varga glaubt, dass Ungarn an der Schwelle zu einer neuen Epoche angelangt ist. Dieser Zustand könnte von 2019 bis 2021 anhalten, denn nach seiner Meinung wird der Konjunkturzyklus anschließend ein Ende finden, woraufhin das eingetrübte äußere wirtschaftliche Umfeld auch Auswirkungen auf die EU und speziell das Karpatenbecken haben wird. Der Finanzminister sieht die Anzeichen hierfür, während die Auswirkungen noch nicht zu spüren seien: Die deutsche Industrie befindet sich seit nunmehr 12 Monaten im Abschwung, der Schuldenberg in

der Eurozone nimmt wieder zu. Zur gleichen Zeit erweist sich die Leistung der ungarischen Wirtschaft als stabil: Die pro Kopf erzielte Wertschöpfung fällt in der Automobilindustrie Ungarns höher aus, als in Deutschland, und das potenzielle Wirtschaftswachstum erreichte 2018 den Wert von 3,5 Prozent und lag damit markant höher als noch 2010. Im Jahre 2019 steuern Maßnahmen der Regierung 1,6 Prozentpunkte zum Wachstum bei, so dass die ungarische Wirtschaft in diesem Jahr um 4,3 Prozent wachsen dürfte. Ein wesentliches Moment besteht darin, dass die Fördermittel der Europäischen Union lediglich 0,2 Prozentpunkte zum BIP-Zuwachs beisteuern. Die Lage des ungarischen Staatshaushaltes hat sich seit der Krise enorm verbessert, die externen Schulden und die Schuldenrate sind gesunken. Im Haushaltsplan für 2020 ist eine Reserve von 1 Prozent am BIP eingeplant, bei einem Defizitziel von auch nur 1 Prozent.

Allerdings bedarf es auch Maßnahmen, um die Konjunktur zu beleben. Diese hat das Finanzressort in 7 Punkten zusammengefasst: 1. Eine fiskalische Lockerung und ein Verprassen der Haushaltsreserven müssen vermieden werden. 2. Die gegenwärtige Investitionsquote von 25 Prozent muss bewahrt werden. 3. Die Reserven des Arbeitsmarktes müssen ausgeschöpft werden. 4. Der Wechselkurs des Forint muss berechenbar bleiben. 5. Es bedarf einer Umsetzung der fachpolitischen Vorschläge. 6. Die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und mittelständischen Unternehmen muss gestärkt werden. 7. Die Bewahrung der politischen Stabilität ist wichtig. Die Lagebeurteilung der Notenbank weicht hiervon ab. Infolgedessen ergeben sich auch divergierend formulierte Vorschläge; dennoch lautet in beiden Fällen das Hauptanliegen, das dynamische Wachstumstempo beizubehalten.

## AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### DIE ERWEITERUNGSMÜDIGKEIT HINTER UNS ZU LASSEN IST DAS ZIEL

László Trócsányi, den die ungarische Regierung als EU-Kommissar nominiert hat, könnte in den nächsten Wochen ein Ressort erhalten, das über enormes Gewicht und eine bedeutende Geschichte verfügt. Ursula von der Leyen hat Ungarn das Fachressort für die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU angeboten. Das große Gewicht der erstrittenen fachpolitischen Gebiete belegt die Stärke der V4-Staaten bei der Durchsetzung ihrer Interessen.

Im Einklang mit den Erwartungen stellte die neu gewählte Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, am vergangenen Dienstag ihr Konzept vor, in welcher personellen und

fachpolitischen Zusammenstellung sie sich beginnend mit dem 1. November 2019 ihr fünfjähriges Mandat vorstellt. In der durch sie geführten Europäischen Kommission werden drei Exekutive Vizepräsidenten und insgesamt acht Vizepräsidenten tätig sein, die überwiegend aus den Regionen Süd- und Mitteleuropas stammen. Von ungarischer Seite darf es als bedeutender Erfolg gewertet werden, dass Frans Timmermans als erster Vizepräsident in Zukunft nicht mehr für die Rechtsstaatlichkeit, sondern für Umwelt- und Klimaschutz zuständig sein wird. Die Verteilung der Aufgabenstellungen und Positionen widerspiegelt, dass die Kommissionspräsidentin die Interessen der Mitgliedstaaten und deren Präferenzen bei der Zusammenstellung ins Kalkül zog. Die ungarische Regierung wollte von Anbeginn – bereits im Jahre 2014 – die Zuständigkeit für das Fachgebiet der EU-Erweiterung erlangen. Dieses Mal bat Ungarn nicht nur darum, sondern erhielt auch den Zuschlag. Dabei ist der Umstand relevant, dass es in der bisherigen Juncker-Kommission nur die Position eines für die Erweiterungsverhandlungen verantwortlichen Kommissars gab, woraus nun ein Portfolio der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik wird. Ministerpräsident Viktor Orbán sagte im Zusammenhang mit dem Zuschlag für dieses Ressort, in den folgenden Jahren müsse die Müdigkeit der Westeuropäer in Sachen Erweiterungen überwunden werden, nachdem es im geopolitischen Interesse Ungarns liegt, dass Nord-Mazedonien, Montenegro und Serbien der Gemeinschaft beitreten. Schließlich sind die genannten Staaten Akteure von entscheidender Bedeutung, was die Bewältigung der Migrationskrise und die Bewahrung der Sicherheit anbelangt.

Wichtig ist des Weiteren, dass die Strategie der V4 in Bezug auf den Erwerb von Positionen und Aufgabenbereichen erfolgreich war. Polen erlangte mit der Beaufsichtigung von Landwirtschaft und gemeinsamer Agrarpolitik, Tschechien mit dem Posten eines Vizepräsidenten und dem Portfolio für Rechtsstaatlichkeit, die Slowakei mit der Aufgabe, die interinstitutionellen Beziehungen zu stärken, Fachbereiche, die großes Gewicht besitzen. In der EU-Kommission werden gleich zwei Vizepräsidenten der Visegrád-Gruppe angehören, was bezeichnend ist, nachdem diese Staaten früher keinen einzigen Vizepräsidenten stellten. In den kommenden Wochen werden der Europäische Rat ebenso wie das Europäische Parlament zusammentreten, um die Kommission so schnell wie möglich in ihr Amt einzuführen.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### V4-GIPFEL IN PRAG UNTER BETEILIGUNG DES WESTBALKANS

**Die wichtigste Botschaft des am Donnerstag in Prag abgehaltenen V4-Gipfels bestand in der Relevanz der europäischen Integration des Westbalkans für die Sicherheit Europas. Dieser Schritt dient nicht nur der Sicherheit des ganzen Kontinents, sondern wäre geeignet, eine weitere Migrationswelle zu stoppen sowie gleichzeitig Politik und Wirtschaft der Region zu stabilisieren.**

Unter den Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten herrscht auch hinsichtlich der Erweiterung der Europäischen Union Einigkeit. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen bekräftigten alle vier einhellig, die Aufnahme der Länder des Westbalkans würde Europa erhebliche Vorteile bringen. Viktor Orbán untermauerte die Wichtigkeit der EU-Erweiterung zudem mit der These, „wenn die EU nicht verschlafen hätte und die Aufnahme Nord-Mazedoniens, Montenegros und Serbiens als Mitgliedstaaten bereits früher erfolgt wäre, dann würde es heute nicht viele Millionen illegale Einwanderer in Westeuropa geben“.

Der polnische Regierungschef Mateusz Morawiecki hob die wirtschaftliche Bedeutung einer Erweiterung der Europäischen Union hervor, wobei er auf das Potenzial infrastruktureller Entwicklungsmaßnahmen in Nord-Süd-Richtung verwies, wie diese in Mitteleuropa zur Verwirklichung anstehen. Der polnische Politiker ist ebenfalls der Ansicht, dass die Visegrád-Staaten eine gewichtige Rolle bei der Besetzung von EU-Ämtern spielen. Das werde dadurch belegt, dass Ursula von der Leyen den Polen Janusz Wojciechowski als Agrarkommissar nominierte. Morawiecki hob hervor: „Polen und Ungarn werden Fachbereiche leiten, für die sie von Anfang an Verantwortung übernehmen wollten.“ Der tschechische Ministerpräsident Andrej Babis legte die Betonung ebenfalls auf den Schutz der Grenzen: „Die Sicherheit des Westbalkans bedeutet zugleich Sicherheit für Europa, nachdem die Staaten des Westbalkans eine Schlüsselrolle als Partner bei der Bewältigung der Migration spielen.“ Babis zufolge müsse sich Brüssel die Frage gefallen lassen, warum man die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in den Schengenraum hinauszögere. „Die EU-Erweiterung in Richtung des Westbalkans stellt aus Aspekten der Sicherheit und der Wirtschaft eine strategische Investition für die Gemeinschaft dar“, erklärte der slowakische Ministerpräsident Peter Pellegrini.

Die Balkanerweiterung würde für Ungarn abgesehen von der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit auch ernsthafte Vorteile in Hinsicht auf die nationale Sicherheit mit sich bringen, weil dadurch strategische Aufgaben im Grenzschutz auf die betroffenen Länder entfallen würden. Daraufhin würde der Migrationsdruck, dem Ungarn am gemeinsamen Grenzabschnitt mit Serbien ausgesetzt ist, abnehmen.

## PROGNOSE

- **In zwei Wochen, in der ersten Oktoberwoche, finden die Anhörungen der für die Positionen der Kommissare nominierten Personen in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments statt. Jeder Kommissar muss sich dem seinem Portfolio entsprechenden Fachausschuss stellen, László Trócsányi wird am 30. September oder aber am 1. Oktober durch den Außenausschuss AFET angehört.**

Im Sinne der Verträge über die Arbeitsweise der Europäischen Union stellen sich die Kandidaten zunächst einmal den ihrem Portfolio entsprechenden Parlamentsausschüssen vor. Anschließend bewerten die Ausschüsse hinter verschlossenen Türen Sachverstand und Abschneiden der einzelnen Kandidaten, bevor sie ihre Bewertung an den Parlamentspräsidenten weiterleiten. Das Parlament muss anschließend über die komplette Zusammensetzung der Kommission abstimmen, darunter auch über die Billigung der Person der Kommissionspräsidentin sowie des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Nachdem das Parlament die Personen der Präsidentin und ihrer Kommissare gebilligt hat, werden sie durch den Europäischen Rat auch offiziell mittels qualifizierter Mehrheit ernannt. Zweifellos hängt viel von den Anhörungen vor den Fachausschüssen ab. Im Falle einer negativen Bewertung kam es in der Vergangenheit bereits vor, dass der betreffende Politiker als ungeeignet angesehen wurde, das besagte Portfolio bekleiden zu können – die Folge war ein Austausch der Fachressorts. So erging es früher beispielsweise im Jahre 2004 dem einstigen Vorsitzenden der MSZP, László Kovács. László Trócsányi wird der Außenausschuss AFET mit seinen 71 Mitgliedern spätestens am 30. September oder 1. Oktober anhören, dessen Vorsitzender der bundesdeutsche Christdemokrat David McAllister ist. Für die Billigung des Kommissars und des diesem zugeordneten Portfolios bedarf es auf einer beschlussfähigen Sitzung des Ausschusses einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen.